

Nur durch diesen Einbezug in einen größeren Wirtschaftsraum war ein allmähliches Gesunden der liechtensteinischen Wirtschaft möglich. Von 1852 bis zum Vorabend des Ersten Weltkriegs flössen der Staatskassa rund sechs Millionen Kronen an Zolleinnahmen zu. Die Zolleinnahmen zählten schon vor 1852 zu den wichtigsten Einnahmeposten, überstiegen aber nie 5000 Gulden jährlich. In der Zeit der Zolleinigutrij Hirt Österreich betrug die Zolleinnahmen die Hälfte bis zwei Drittel der Gesamteinnahmen. Allein daraus ist schon ersichtlich, welch überragende Bedeutung dieser engen wirtschaftlichen Bindung an die Donaumonarchie zukam. Zeitweilige wirtschaftliche Nachteile, die Liechtenstein aus der Währungsunion mit Österreich erwachsen — gemeint ist die Krise des österreichischen Silberguldens bis zur Errichtung der auf Gold basierenden Kronenwährung —, sowie handelspolitische Einbußen usw. fielen angesichts der stark überwiegenden Vorteile nie ins Gewicht.

Für Liechtensteins Außenbeziehungen bedeutete die enge wirtschaftliche und weitgehend auch politische Bindung an Österreich Stillstand und Verlust. Seitdem mit dem Ende des Deutschen Bundes jegliche multilaterale Bindung dahingefallen war, zeigte sich dies besonders deutlich. Fast völlig einbezogen in den wirtschaftlichen und politischen Raum des großen Nachbarstaates, kümmerte man sich kaum mehr um selbsttätige Kontaktnahmen mit anderen Staaten, man hatte auch weitgehend keine Möglichkeiten mehr dazu. Denn von den Einnahmen aus dem Zollverein mit Österreich hing ja praktisch die selbständige Fortexistenz des Landes ab, da die Rheinbau- und Verwaltungskosten auf andere Art nicht gedeckt werden konnten. Es war unter solchen Umständen kaum anders möglich, als daß das staatliche Selbstbewußtsein allmählich dahinschwand. Das Kaisertum Österreich handelte «zugleich auch in Vertretung des Fürstentums Liechtenstein». Mit dieser Eingangsformulierung, wie sie in mehreren Staatsverträgen verwendet wurde, wird die außenpolitische Situation Liechtensteins gegen Ende des 19. Jahrhunderts charakterisiert. Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die liechtensteinische Außenpolitik in der ersten Jahrhunderthälfte nur zum geringsten Teil von wirtschaftlichen Motiven her bestimmt war. Die Erhaltung der Souveränität des Landes und der Stellung des Fürsten innerhalb des Deutschen Reiches stand im Vordergrund. Eine solche Politik war für die Bevölkerung des Landes mit schweren wirtschaftlichen Opfern verbunden. Wäre beispielsweise die Selbständigkeit aufgegeben worden und Liechtenstein im österreichischen Staatsgebiet aufgegangen, hätte man damals schon die verschiedenen Vorteile des großen Wirtschaftsraumes verspürt. Der Anteil an den zu tragenden